

Solidarität

unsere Chance

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Mail: oesolkom@gmx.at Web: www.prosv.at * www.prodemokratie.com



Schleichende Privatisierung der Gesundheitskosten

Zu wenige Kassenärzte, langes Warten auf Untersuchungstermine und Operationen. Der Finanzausgleich hätte eine Entlastung bringen sollen. Ziel war es, die niedergelassenen Arztstellen (v.a. in Primärversorgungszentren) um 500 Stellen zu erweitern. Dafür hätte die Sozialversicherung 800 Mio. Euro jährlich benötigt. Jetzt gibt es bloß 223 Mio. netto. ÖGK-Obmann Andreas Huss:

„Bereits jetzt bezahlen sich die Menschen in unserem Land rund 23 % der 51 Mrd. Euro Gesundheitsausgaben zusätzlich zu Steuern und Beiträgen aus der eigenen Tasche, das sind ca. 11 Mrd. Euro pro Jahr. Die öffentliche Hand entledigt sich daher mehr und mehr ihrer Verantwortung für ein solidarisches Gesundheitssystem und läßt die Finanzierungslast mehr und mehr auf den privaten Taschen der Menschen ab, zum Beispiel bei Wahlarztkosten, Zahnbehandlungen, privater Krankenversicherung, Medikamenten und sonstigen Selbstbehalten. Es wäre daher höchste Zeit gewesen, den Steueranteil an den Gesundheitsausgaben anzuheben, um die Menschen bei den Privatzahlungen zu entlasten. Leider ist davon nichts zu sehen.“



Österreichs Bundeskanzler Karl Nehammer auf den Spuren von FPÖ und Ex-FP-Ministerin Hartinger-Klein

ÖVP-Abkanzler Nehammer



ÖVP-Kanzler und Reichenfreund Nehammer unter Parteifreunden: Massive und verächtliche Kanzelt er alleinerziehende und teilzeitarbeitende Frauen, Kinder, Arbeitslose, Arme, Gewerkschaften oder Linke ab

Trotz Pandemie, Krise und Ukrainekrieg speist die Regierung die Menschen mit Einmalzahlungen ab. Gleichzeitig hat sie scheint's einen Profit-Preis-Pakt mit der Industrie geschlossen. Anders ist es nicht zu erklären, dass sie die Menschen nicht dauerhaft entlastet, sondern weiter belastet. Miet-, Gas-, Lebensmittelpreisbremsen kommen gar nicht oder zu spät. Die Profite der Unternehmer werden selbst in der schweren Krise nicht in Frage gestellt. Deshalb wird eine Vermögens- und Erbschaftsteuer von der Wirtschaft und ihrer Unternehmer-Regierung entschieden abgelehnt und ausgeschlossen. Ganz und gar nicht ins Auge gefasst wird eine **Wertschöpfungsbesteuerung. So eine Besteuerung der Millionäre und der Wertschöpfung würde nämlich die über die Jahrzehnte aus der Arbeit aller Menschen zusammengerafften Vermögen der Profiteure und Reichen wirklich angreifen und eine Umverteilung zu jenen bewirken, die es wirklich brauchen.**

Dass die Regierung nicht der Freund der arbeitenden Menschen ist, ist ja hinlänglich bekannt. Mit welcher Verachtung der ÖVP-Kanzler am Werk ist, bislang nicht.

Fortsetzung nächste Seite

Hier nur zwei der die Menschen verachtenden Aussagen Nehammers aus dem aufgetauchten Video:

Zitat 1

„Wenn i z'wenig Geld hab, geh i mehr arbeiten. Weil dann muss ich ja mehr Geld haben. Passiert aber nicht. Die Teilzeit-Quote ist unverändert.“

Nehammer verdient 22.618 Euro brutto im Monat. Das ist fast das 9,5-fache des Durchschnittsverdienstes von ca. 2.380 Euro brutto. Den Frauen zahlen die Firmen im Schnitt ein Drittel weniger, also knapp 1.600 Euro brutto im Monat – bei Vollzeit, theoretisch. Denn viele Stellen sind nicht in Vollzeit, sondern nur in Teilzeit, besonders für Frauen, ausgeschrieben. Zum Beispiel im Handel. Der Verdienst ist unverschuldet entsprechend gering. Zudem leisten Frauen den Großteil der unbezahlten Arbeit. Die Unterstellung von Nehammer, dass die Frauen faul seien und nicht arbeiten wollen, ist ungeheuerlich!

Zitat 2

„Was heißt ein Kind kriegt keine warme Mahlzeit in Österreich? Wisst's was die billigste warme Mahlzeit in Österreich ist, ist nicht gesund, aber sie ist billig: Ein Hamburger bei McDonald's. 1,40 Euro. Wenn ich jetzt noch Pommes dazu kauf, sind's 3,50 Euro.“

Mit dieser Aussage wandelt Nehammer auf der Spuren der FPÖ und von Ex-FP-Ministerin Hartinger Klein, die meinte, dass man neben der Miete mit 150 Euro im Monat auskommen könne.



Foto-Quelle: repect.net

Damals war übrigens der sich nun als künftiger „Volkskanzler“ verkaufende FPÖ-Chef Kickl in der ÖVP-FPÖ-Regierung von Kurz-Strache. Da gab es keinen Aufschrei von Kickl/FPÖ gegen Hartinger-Kleins Menschenverachtung, im Gegenteil. Heute heuchelt die FPÖ Empörung über die Aussagen Nehammers. Das ist genauso glaubhaft wie das angebliche Eintreten der FPÖ für die Neutralität Österreichs.

Nicht nur Nehammer tickt so, sondern die ganze ÖVP. Nicht nur Nehammer hat am Tag nach dem Bekanntwerden seine verächtlichen Aussagen bekräftigt, auch Ministerin Raab und andere „Verantwortungsträger“ der ÖVP.

So ein Menschenbild prägte diese Partei schon früher. Die Vorgängerpartei der ÖVP, die „Christlich-Sozialen“ (CS), errichteten unter Dollfuß ab 1933 den katholischen, autoritären, austrofaschistischen Ständestaat mit Verbot von Sozialdemokratie, Kommunisten, Gewerkschaften, Anhaltelagern, Gefängnis, Arbeitsdienst und Bundesheereinsatz gegen und Schießen auf Arbeiter, standrechtlichen Todesurteilen (Februar 1934).

Führende Austrofaschisten waren in der 2. Republik nach 1945 in Wirtschaft und Politik in führenden Positionen wie z.B. ÖVP-Bundeskanzler Raab.

Ändern wird sich die Unternehmer-, Hausherren-, Hotelliers-, Konzern- und Guts herrnpartei ÖVP nicht, auch nicht, sollte Nehammer einmal politisch weg sein sein.

Das sei der SPÖ ins Stammbuch geschrieben, die auf eine ÖVP ohne Nehammer oder auf „Christlich-Soziale“ in der ÖVP hofft. Die Grünen regieren trotz allem mit der ÖVP weiter, FPÖ und NEOS haben auch kein Problem mit dieser Menschenverachter-ÖVP zu koalieren.

*

Rund 200.000 Menschen in Österreich sind arm

So viele Menschen in Österreich leben an der Kippe zu akutem existenziellen Mangel oder manchmal auch schon darunter. Das ergab die EU-weite Silc-Einkommenserhebung 2022. Wohnen, Heizen, Essen – das Stillen dieser Grundbedürfnisse fällt den Betroffenen mit dem Geld, das sie zur Verfügung haben schwer. So schwer, dass oft eine dieser drei Bedürfnisse hintangestellt werden muss. Das ist dann oft das Essen. Erstanfragen bei den Sozialberatungsstellen z.B. der Caritas sind 2022 um 50 % gestiegen. Besonders betroffen sind Menschen mit Kindern die in Jobs im Niedriglohnsektor arbeiten. Betroffen sind insbesondere Frauen als Alleinerziehende oder Mütter in der Großfamilie, die wegen der Betreuungspflichten auf Teilzeitjobs angewiesen sind.

*

Arbeiterkammer stellt Verlust an Wohlstand fest

Noch sei der Sozialstaat gut ausgebaut. Doch der sechste Wohlstandsbericht zeigt Rückschritte in allen Bereichen. Notwendig seien und Vorrang haben sollten kürzere Arbeitszeiten, mehr Investitionen in Klimaschutz und Wohnraum.

*

Gierflation I Preistreiber Hotels + Gastro

Die Gastronomie rechtfertigt die Preiserhöhungen immer mit den gestiegenen Lohnkosten. Eine Studie der Nationalbank (ÖNB) macht nun die Gewinnaufschläge, nicht die reine Kostenweitergabe für die hohe Teuerung mitverantwortlich. Machte die Inflation im September bei 6,1 %, so lag sie in der Beherbergung im zweistelligen Bereich.

*

Gierflation II Profit-Preis-Spirale

Die Löhne treiben nicht die Teuerung an: Laut Momentum Institut erhöhen die Unternehmen im Zuge der allgemeinen Teuerung ihre eigenen Preis-margen. Hauptinflationstreiber bleiben die hohen Energiekosten.